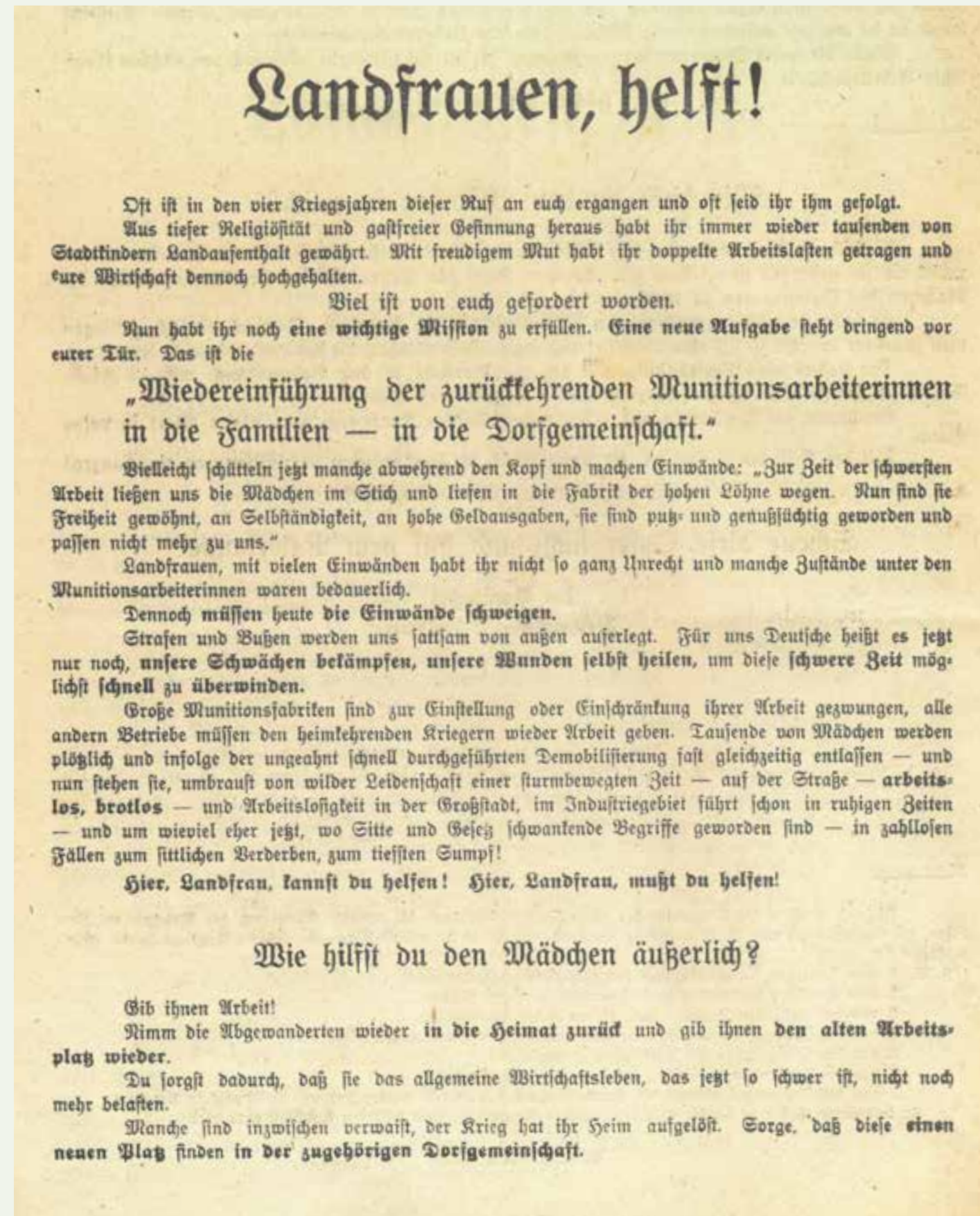


DER GESCHEITERTE FRIEDE

Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz



Soziale Not und staatliche Maßnahmen



Die gegen alle Erwartung plötzlich eingetretene Rezession hat auch Landfrauen in die Not hineingeworfen. Die gegen alle Erwartung plötzlich eingetretene Rezession hat auch Landfrauen in die Not hineingeworfen. Die gegen alle Erwartung plötzlich eingetretene Rezession hat auch Landfrauen in die Not hineingeworfen.

Flugblatt „Landfrauen helft“ mit dem Begleitbrief des Rheinischen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege an den Bürgermeister, 21. November 1918 (Kreisarchiv Bernkastel-Wittlich, Best. 2.0, Landratsamt Wittlich, Nr. 441)

Der über vier Jahre andauernde Krieg hatte deutliche Spuren in der deutschen Gesellschaft hinterlassen. Zahlreiche Männer waren im Krieg gefallen, ihre Familien waren ohne Absicherung. Andere waren durch den Krieg invalide geworden. Infolge der Demobilisierung wurden allorts Frauen entlassen, damit die ehemaligen Soldaten wiederingestellt werden konnten.

Beschäftigte verloren aufgrund wirtschaftlicher Umwälzungen und politischer Krisen ihre Arbeitsstelle. Ruhrkampf und Inflation verschärften die finanzielle Situation auch vieler bürgerlicher und gewerbetreibender Familien.

Die Besatzungsmächte boten kaum neue Arbeitsmöglichkeiten. In die Grenzregion wie den Landkreis Trier-Saarburg zogen darüber hinaus Flüchtlinge aus Elsass-Lothringen und anderen zuvor deutschen Gebieten. Sie waren wie Invaliden, Witwen und Waisen sowie zahllose Erwerbslose auf die kommunale Fürsorge angewiesen. Erst 1927 trat das Gesetz zur Arbeitslosenversicherung in Kraft, das jedoch nur für einen kleinen Teil der Probleme Abhilfe schaffen konnte.



Das von General Henry T. Allen mitbegründete American Committee for Relief of German Children sammelte Spenden für hilfsbedürftige deutsche Kinder und alleinstehende Mütter von Kindern amerikanischer Besatzungssoldaten. (Landeshauptarchiv Koblenz, 441-22619)

Die Soldaten und Zivilangestellten der Besatzer benötigten Unterkünfte und Arbeitsräume, sodass bis in die späten 1920er Jahre zahlreiche Häuser und Wohnungen beschlagnahmt waren. Nicht nur deshalb mangelte es nach dem Ersten Weltkrieg in vielen Städten an Wohnungen. Die Stadtverwaltungen versuchten dem Problem durch kom-

Chronik der Stadt Linz, 31. Dezember 1918 „Die Bautätigkeit – private wie öffentliche – ruhte auch in diesem Jahre fast vollständig. Die Wohnungsnot bleibt weiter drückend. Durch die ungenügende Erstellung von Wohnbauten vor dem Kriege und durch das Ruhen der Wohnbautätigkeit während der Kriegszeit überschritt die Wohnungsnachfrage das Angebot ganz bedeutend. Verschärft wurde die Notlage durch die nach hier in größerer Anzahl überwiesenen Eisenbahnbeamten und durch den Häuserankauf industrieller Gesellschaften. Die bisher so schwierige Beschaffung des Baumaterials in Verbindung mit den hohen Baukosten erschweren und unterbinden die Bautätigkeit auch seitens der Stadt.“ (Stadtarchiv Linz, P 33)



Rohbau der städtischen Wohnanlage an der Goethestr. 37, 1927. Sie wurde in der Presse als „modernste Wohnanlage Hessens“ gerühmt. (Stadtarchiv Mainz, BPSF 2418a)

munalen Wohnungsbau und Unterstützung von gemeinnützigen Baugesellschaften zu begegnen. Allerdings konnte die Bautätigkeit erst nach der Währungsreform und dem Dawesplan (1924) beginnen. Das größte Projekt in Mainz wurde 1925 bis 1928 gemeinsam von der Reichsbahn und der Stadt am Fichteplatz verwirklicht. In der rund 1.000 Wohnungen umfassenden Siedlung waren die Forderungen von Ärzten und Sozialreformern nach Licht, Luft, Sonne und Grün beispielhaft umgesetzt.

Staatliche Sonderdarlehen für die besetzten Gebiete ermöglichten den Kommunen bis zur Weltwirtschaftskrise weitere umfangreiche Bauaktivitäten.



Städtische Siedlung am Völkerring in Bad Kreuznach, 1924 errichtet, um 1943/44 (Stadtarchiv Bad Kreuznach, 6.20-1110)

Unterstützungsempfänger warten auf Einlass, wohl 1920er Jahre, Foto Arthur Barth (Stadtarchiv Speyer, 233-1 Reg. 008159)

